



II- 4979 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Z1.353.110/32-III/4/79

Wien, am 27. März 1979

2321 IAB

An den
Präsidenten des Nationalrates
Anton Benya

Parlament
1017 Wien

1979-03-27

zu 2315 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Thalhammer, Dr. Seda und Ge-
nossen haben am 26. Jänner 1979 (eingelangt im Bundeskanzler-
amt am 29. Jänner 1979) unter der Nr. 2315/J an mich eine
schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Verwirklichung
des Regierungsprogrammes vom 5. November 1975 und darüber-
hinausgehende Leistungen gerichtet, welche folgenden Wortlaut
hat:

- "1) Welche Punkte des Regierungsprogrammes, die sich auf Ihr Ressort beziehen, konnten in der zu Ende gehenden Gesetzgebungsperiode verwirklicht werden?
- 2) Wurden von Ihrem Ressort über die Zielsetzungen des Regierungsprogrammes hinausgehende Aktivitäten gesetzt und wenn ja welche?"

Ich beehe mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Zu Frage 1:

Die Verwirklichung der Punkte des Regierungsprogrammes, die sich auf mein Ressort beziehen, wurden bei der Beantwortung

- 2 -

der parlamentarischen Anfrage Nr. 2298/J eingehend behandelt.

Um Wiederholungen zu vermeiden, darf ich sowohl auf die Beantwortungen dieser Anfrage, als auch auf die der parlamentarischen Anfrage Nr. 2348/J betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Familie seit 1970 verweisen.

Zu Frage 2:

Eine Unterscheidung zwischen den gesetzten Maßnahmen, welche eine Erfüllung des Regierungsprogrammes darstellen, und solcher, die darüber hinausgehen, ist zum großen Teil schwer möglich. Dies gilt insbesonders im Bereich der wirtschaftlichen Koordination und der verstaatlichten Unternehmungen.

Ich möchte aber trotzdem erwähnenswerte Leistungen aufzeigen, die der Beantwortung der Frage 2 Rechnung tragen.

Am 21. Feber 1979 wurden dem Nationalrat Regierungsvorlagen betreffend den Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem die Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes über Unvereinbarkeiten für öffentliche Funktionäre geändert werden (1209 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates, XIV. GP) und den Entwurf eines Bundesgesetzes über Unvereinbarkeiten für öffentliche Funktionäre (Unvereinbarkeitsgesetz) (1211 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates, XIV. GP).

Mit Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 12. Juli 1978, GZ 600 637/9-VI/3/78, wurde in Ausübung der Koordinationskompetenz des Bundeskanzleramtes der Entwurf eines Psychologengesetzes dem Begutachtungsverfahren zugeführt. Vornehmliches Ziel des Entwurfes eines Psychologengesetzes ist der Schutz der Bevölkerung vor einer mißbräuchlichen

- 3 -

Ausübung der Psychologie durch hiezu nicht befähigte Personen. Darüber hinaus könnte aber auch eine Interessenvertretung der Psychologen geschaffen werden. Der Entwurf hat im Begutachtungsverfahrer lebhaftes Echo und auch verschiedene Einwände erfahren; das Ergebnis des Begutachtungsverfahrens wird genau geprüft werden.

Am 18. Oktober 1978 hat der Nationalrat das Bundesgesetz über den Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz - DSG) beschlossen (BGBl. Nr. 565/1978). Ziel dieses Bundesgesetzes ist die Gewährleistung eines wirkungsvollen Datenschutzes. Dieses Ziel fand insbesondere in der Bestimmung des § 1 dieses Gesetzes seinen Ausdruck. Diese Bestimmung für den Schutz des Privat- und Familienlebens wurde als Verfassungsbestimmung beschlossen. Derzeit wird an der Organisierung der Vollziehung des im wesentlichen am 1. Jänner 1980 in Kraft tretenden Datenschutzgesetzes gearbeitet.

Auf dem Gebiet des Amtshaftungsrechtes hat die Bundesregierung Initiativen zur Ausarbeitung von Verträgen über die Gegenseitigkeit in Amtshaftungssachen mit der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizer Eidgenossenschaft ergriffen. In beiden Fällen sind die Vertragstexte bereits ausgehandelt. Der Vertrag mit der BRD wurde dem Nationalrat bereits zur Erteilung der Genehmigung gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG zugeleitet. Der diesbezügliche Beschuß des Nationalrates wurde am 5. Oktober 1978 gefaßt und die Ratifikationsurkunden wurden anlässlich des Besuches des deutschen Bundespräsidenten in Wien ausgetauscht. Hinsichtlich des Vertrages mit der Schweizer Eidgenossenschaft wird derzeit an der Erstellung einer entsprechenden Regierungsvorlage gearbeitet.

- 4 -

Die Maßnahmen auf dem Sektor der Familienpolitik sind ebenfalls bei den oben erwähnten Anfragebeantwortungen eingehend behandelt worden. Darüber hinaus möchte ich aber folgende Aktivitäten zusätzlich hervorheben.

Der sich in Ausarbeitung befindliche Bericht der Bundesregierung über die Situation der Familie wird sich in sechs Teilheften mit demographischen und soziologischen Fragen, mit der rechtlichen Situation, der Erziehung und Ausbildung der Kinder, mit der wirtschaftlichen und sozialen, mit der Gesundheits- und mit der Wohnungssituation befassen und voraussichtlich im April 1979 erscheinen.

Eine Untersuchung über das Geburtenverhalten der österreichischen Bevölkerung, die vom Demographischen Institut der Akademie der Wissenschaften mit maßgeblicher Unterstützung des Bundeskanzleramtes durchgeführt wird; die Ergebnisse werden in der nächsten Zeit vorliegen.

Ein Forschungsvorhaben mit dem Arbeitstitel "Die Kosten von Kindern" wurde vom Bundeskanzleramt vor kurzem in Auftrag gegeben.

Die Aktivitäten in Österreich zum Internationalen Jahr des Kindes 1979 werden vom Bundeskanzleramt koordiniert und darüber hinaus eine Reihe von Aktionen gemeinsam mit anderen Stellen durchgeführt. So wurde gemeinsam mit dem ORF das Thema "Körperliche Züchtigung von Kindern" aufgegriffen; analog zu einer mehrteiligen Fernseh-Sendung im Familienmagazin "WIR" wurde vom Bundeskanzleramt mit dem ORF eine Broschüre herausgegeben, die Alternativen zur körperlichen Züchtigung für

- 5 -

Eltern und weitere Erzieher aufzeigt. Sie basiert auf einer Untersuchung, die vor einiger Zeit im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz über Erziehungsnormen und Züchtigungsverhalten der Österreicher erfolgt ist. Eine weitere Aktion befaßt sich mit Fragen der Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr. Sie wendet sich sowohl an die Kinder als auch an die Eltern und die erwachsenen Verkehrsteilnehmer im allgemeinen und hat das Ziel, die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten und getöteten Kinder (derzeit jährlich etwas mehr als 6.000) weiter zu senken. Sie wird vom Bundeskanzleramt gemeinsam mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit und der Österreichischen Verkehrswerbung durchgeführt. Unterstützt wird diese Aktion auch von den Bundesministerien für Unterricht und Kunst, Inneres und Verkehr und vom ORF. Für die Aktion soll auch die Unterstützung von Handel, Industrie und Werbe- wirtschaft für flankierende und unterstützende Maßnahmen gewonnen werden.

Neben der in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2298/J eingehend dargestellten Erarbeitung des Landesverteidigungsplanes wurden die Vorsorgen für eine Umfassende Landesverteidigung kontinuierlich fortentwickelt. Für den Bereich der dem Bundeskanzleramt obliegenden Agenden möchte ich darüber hinausgehend noch folgende Maßnahmen anführen.

Gesamtkonzept zur Sicherung der Verwaltungsaufgaben des Bundes:

Aufgrund einer Initiative der Abteilung "Koordination der Umfassenden Landesverteidigung" wird nach bereits durchgeföhrter und noch auszuarbeitender Aufgabenanalyse aller Bundesministerien der Bundesregierung ein Überblick über all jene Aufgaben vorliegen, die in den Anlaßfällen der Umfassenden Landesverteidigung vorrangig vollzogen werden.

- 6 -

Statistisches Informationssystem für die Umfassende Landesverteidigung (ULVIS):

Durch den Aufbau eines flexiblen statistischen Informationssystems soll auch für den Bereich der Umfassenden Landesverteidigung die Entscheidungsfindung erleichtert und qualitativ gehoben werden.

Gesamtkoordinierende Grundsatzplanung sowie Beschaffung und Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen:

Um alle erforderlichen Vorgaben für die Detailplanungen der einzelnen Teilbereiche der Umfassenden Landesverteidigung liefern und insbesondere die Umsetzung der Globalplanungen des Landesverteidigungsplanes in operative Programme ermöglichen zu können, bedarf es einer intensiven wissenschaftlichen Bearbeitung. Neben dem zielgerichteten Einsatz der Forschung und der Koordination auf dem Gebiete der Empirie kommt der Schaffung und Ausklärung der rechtlichen Voraussetzungen - insbesondere im Hinblick auf die erforderliche Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden im Rahmen ihrer jeweiligen Wirkungsbereiche - erhöhte Bedeutung zu.

Koordinierung der Interessen der Militärischen Landesverteidigung hinsichtlich militärischer Interessensgebiete und operativ wichtiger Räume mit den Interessen der anderen Teilbereiche:

Koordinierung der militärischen und zivilen Interessen hinsichtlich des Kulturgüterschutzes:

Staatsgrundnetz:

Ende des Jahres 1973 wurde das Staatsgrundnetz, ein vom normalen Telefonbetrieb unabhängiges und ausschließlich als Führungs-

- 7 -

system dienendes Fernsprechnetz, fertiggestellt. Das Bundeskanzleramt hat die einsatzmäßige Führung dieses Netzes übernommen und es sich zur Aufgabe gemacht, Funktionsfähigkeit und Effektivität ständig zu gewährleisten.

In Kombination mit dem in Ausbau befindlichen, Bund und Länder umfassenden, Warn- und Alarmsystem, setzen uns diese technischen Führungsmittel in die Lage, auf der Ebene jeder Gebietskörperschaft die Funktionsfähigkeit oberster Organe, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, aber auch die Aktivierung aller erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Zivilen, Wirtschaftlichen, Geistigen und Militärischen Landesverteidigung zu garantieren.

Öffentlichkeitsarbeit:

Das Bundeskanzleramt hat im Jahre 1976 im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit, bei der AUSTRIA-WOCHENSCHAU 5 Farbfilme in der Dauer von je 1 Minute in Auftrag gegeben, wobei jeder Filmstreifen einen Teilbereich der Umfassenden Landesverteidigung abgedeckt hat. Diese Farbfilme wurden 1976 insgesamt 5 Wochen in jenen Kinos gebracht, die die AUSTRIA-WOCHENSCHAU und FOX-TÖNENDE-WOCHENSCHAU in ihrem Programm haben. 3,5 Millionen Zuschauer wurden in diesem Zeitraum in den Kinos angesprochen. Darüber hinaus hat der ORF eine kostenlose Ausstrahlung dieser Filme im März 1977 - zum überwiegenden Teil noch vor dem Abendhauptprogramm - ermöglicht.

Die Abteilung "Koordination der Umfassenden Landesverteidigung" hat im Frühjahr 1978 mit der AUSTRIA-WOCHENSCHAU wieder Gespräche geführt, um die weitere Herstellung und die Verbreitung von Filmspots mit Generalbezug zur Umfassenden Landesverteidigung und zur Sicherheitspolitik in der Wochenschau möglich zu machen.

Im Herbst dieses Jahres werden diese Filmstreifen 6 Wochen lang immer in jenen österreichischer Kinos gebracht, die die AUSTRIA-WOCHENSCHAU und FOX-TÖNENDE-WOCHENSCHAU ih ihrem Programm haben.

Die Drehbuchgestaltung erfolgte unter Bedachtnahme auf die vom Institut für empirische Sozialforschung vor eineinhalb Jahren abgeschlossene wissenschaftliche Studie, die die psychologischen und soziologischen Aspekte im Zusammenhang mit denkbaren Bedrohungsbildern behandelt. Diese Arbeit zeigt, daß die Öffentlichkeit dann Maßnahmen der Umfassenden Landesverteidigung für sinnvoll erachtet, ja sogar fordert, wenn sie vorrangig den Schutz der Bevölkerung zum Inhalt haben und nicht allein die Verteidigung durch das Bundesheer, wobei bei der Beurteilung von Gefahren und Vorstellungen von Erfahrungen ausgegangen wird, die sich an der konkreten Umwelt des Einzelnen orientieren. Trotzdem scheut man sich vor einem öffentlichen Bekennnis - z.B. beim Zivilschutz mitrachen - weil ein solches Mitmachen den gegenwärtigen typischen Verhaltensmustern entgegenstehen würde und keine Deckung mit den Leitbildern von heute findet. Die Filmspots sollen daher bei der Öffentlichkeit eine positive Einstellung gegenüber Maßnahmen und Handlungen im Interesse der österreichischen Sicherheitspolitik und Umfassenden Landesverteidigung hervorrufen.

Auf diese Studie aufbauend wurde ein Folgeauftrag zur Erstellung eines Informationskonzeptes vergeben, der für alle Teilbereiche der Umfassenden Landesverteidigung in die Praxis umsetzbare Aussagen zu folgenden Punkten zu erbringen hat:

- Informationsinhalte (Schwerpunkte) nach Prioritätenreihung
- Zielgruppen der Kommunikation mit besonderer Berücksichtigung der Opinion-Leader-Funktionen
- Psychologische Barrieren und Anknüpfungspunkte bei den einzelnen Zielgruppen

- 9 -

- Erreichbarkeit (Ansprechbarkeit) der einzelnen Zielgruppen durch Massenmedien, über organisatorische Kanäle und durch direkte Information
- Werbepsychologische Charakteristika der einzelnen Zielgruppen
- Derzeitiger Informationsstand in den Zielgruppen
- Zu erwartende soziologische und psychologische Wirkung stärkeren Kontakts mit den Fragen der Umfassenden Landesverteidigung (Reaktion auf Information: Handelsbereitschaft)

Das umfassende Konzept mit seinen dokumentarischen Materialien soll auch in einer Kurzform zusammengefaßt werden, die sich für die Öffentlichkeitsarbeit eignet.

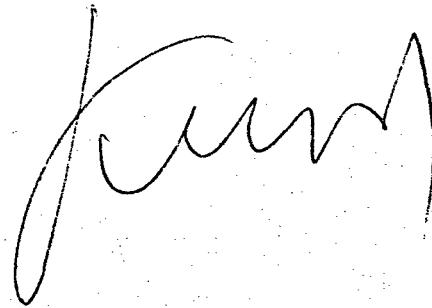
Die Abteilung "Koordination der Umfassenden Landesverteidigung" hat sich bei der Öffentlichkeitsarbeit aber nicht nur auf Film und Fernsehen beschränkt, sondern sich zur Abdeckung der Bereiche Bildungswesen, Schulen und Universitäten, Forschung, Entwicklung, Wissenschaft sowie Kulturpolitik im weitesten Sinne zweier Informationsmittler durch Insertion bedient:

Dem Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung, der alle 14 Tage das Informationsmagazin "IBF-Spektrum" mit einer Auflage von 4000 Stück herausbringt und dem Elternblatt, das Dachverbandsorgan der österreichischen Elternvereine ist und als einzige derartige Zeitschrift über Schulen propagiert wird. Die Auflage von derzeit 100.000 Exemplaren wird über Abonnement vertrieben und erreicht ohne Streuverlust vor allem die 33 - 39jährigen in Ballungszentren.

Weiters hat die Abteilung "Koordination der Umfassenden Landesverteidigung" Informationsmappen in einer Auflage von mehr als 10.000 Exemplaren drucken lassen, die für diverse Informationsveranstaltungen angefordert werden können.

- 10 -

In Zusammenarbeit mit den Vorfeldorganisationen der Umfassenden Landesverteidigung (Österreichische Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung, Österreichischer Zivilschutzverband, Rotes Kreuz, Kameradschaftsbund, etc.) hat das Bundeskanzleramt in den Jahren 1976 bis 1978 bei 450 Informationsveranstaltungen ca. 40.000 Personen über Belange der Umfassenden Landesverteidigung unterrichtet.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Kurz".